

Kamener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Ersteinstägig.
Bezugspreis für den 1. Monat 2 Goldmark. Falls
mit in der Vorauszahlung oder Bestellung der Zeitung
geboten sind, hat der Besteller seinen Anspruch auf
Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises für die Wochen veran-
sichtigt. S. Schulze, Kamen.

Mr. 243 (1. Blatt).

Sonabend, den 16. Oktober 1926.

54. Jahrgang.

Annahme des Hohenzollernvergleichs.

Landtags-Sitzung vom 15. Oktober 1926.

Neue kommunistische Obstruktion.

Vor dem Hauptportal des Preussischen Landtags in der Prinz-Albrecht-Straße gab es gestern Mittag gegen 12 Uhr größere Ansammlungen, die offenbar den Zweck hatten, gegen den Hohenzollernvergleich zu demonstrieren. Es gelang der Schupo, die zahlreich zur Stelle war, ohne Mühe, die Ansammlungen zu zerstreuen.

In der Sitzung des Landtages marschierten in endloser Reihe wieder die Kommunisten auf, um immer von neuem durch Stellung von Anträgen die sachliche Erledigung der Hohenzollernvorlage zu unterbinden. Hierbei wurden von den Kommunisten wiederum die härtesten Ausdrücke gegen die bürgerlichen Parteien gebraucht, sodaß der Präsident dauernd Ordnungsrufe erteilen mußte. Präsident Bartels schritt weiter unerschrocken gegen die Redner ein. Sobald sie auch nur einen Satz von der sachlichen Debatte abwichen, entzog er ihnen das Wort.

Nach Ueberweisung einiger Anträge an den Hauptausschuß beginnt die dritte Beratung der Hohenzollernvorlage. Die Kommunisten bringen zur Geschäftsordnung Anträge ein auf Verlängerung der Redezeit, Einberufung des stellvertretenden und Verberufung des Ministerpräsidenten. Die Demokraten beantragen hierauf die Verberufung sämtlicher Minister. Unter Heiterkeit des Hauses wird auch dieser Antrag, ebenso wie die kommunistischen, abgelehnt. Die nun folgende allgemeine Besprechung wird vorwiegend von den Kommunisten besprochen. Als erster Redner tritt der Kommunist Grube auf. Unter stürmischer Heiterkeit des Hauses beantragt Abg. Pica, diese Rede durch einen Antrag auf Besetzung der Redebühne durch Kommunisten zu ersetzen. Abg. Wille (Völk.) gibt für seine Parteifreunde eine zustimmende Erklärung ab. Dann folgen weitere kommunistische Reden und Verschleppungsanträge. Abg. Ruffe (D.D.) erklärt u. a., daß an der jetzigen zwangsläufigen Regelung der Abfindung nur die falsche Formulierung des kommunistischen Volksentscheids Schuld sei. Weiter bedauerte der Redner das in dem Vergleich vorgesehene Wohnrecht des Kaisers.

Finanzminister Dr. Höpfer-Mischoff zitiert Paragraph 23 des Republik-Schutzgesetzes, der den Mitgliedern der ehemaligen deutschen Fürstenfamilien den Aufenthalt in Deutschland verweigert oder beschränkt, wenn Staatsinteressen das erforderlich machen. Das im Vergleich vorgesehene Wohnrecht könne auch nur im Rahmen dieser Bestimmung betrachtet werden.

Nach weiteren kommunistischen Verschleppungsanträgen lehnt Abg. Barzewski (Pole) das Gesetz ab.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet.

Bei der Abstimmung über Paragr. 1 beantragt Abg. Pica (Komm.), über die einzelnen Abschnitte getrennt abzustimmen und die Abstimmung namentlich vorzunehmen. Letzterer Antrag wird von dem Vizepräsidenten Garzinski, weil zu spät gestellt, als unzulässig zurückgewiesen.

Der Antrag des Abg. Pica auf getrennte Abstimmung über die einzelnen Teile des Paragr. 1 wird abgelehnt.

Der grundlegende Paragr. 1 wird gegen die Stimmen der Kommunisten, bei Enthaltung der Sozialdemokraten, angenommen.

Zum Paragr. 2 beantragt Abg. Pica (Komm.) namentliche Abstimmung über den dazu gestellten kommunistischen Änderungsantrag, sowie über den Paragr. 2 selbst.

Die namentliche Abstimmung über den kommunistischen Änderungsantrag, nach welchem die Verträge usw. mit den zehnjährigen Steuern und Gebühren belegt und von den Hohenzollern getragen werden sollen, ergibt Ablehnung des Antrages mit 312 gegen 37 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Auch Paragr. 3 wird nach Ablehnung kommunistischer Anträge mit 242 gegen 38 Stimmen bei 60 Enthaltungen angenommen. Während der Auszählung kommt es beinahe zu einer Prügelei zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Mit den gleichen Mehrheiten werden dann auch die folgenden Paragraphen 4-7 unter Ablehnung der kommunistischen Änderungsanträge angenommen. Bei einer namentlichen Abstimmung über einen kommunistischen Änderungsantrag wird vom Präsidenten festgestellt, daß der kommunistische

Die deutsche Einladung an den Völkerbundsrat.

(Auf Grund fehler drücklicher Informationen unserer Berliner Vertretung.)

Die Meldungen, nach denen die Märztagung des Völkerbundsrates in Berlin stattfinden soll, wurde inzwischen von deutscher offizieller Seite bestätigt. Ursprünglich war beabsichtigt, mit Rücksicht auf die Bedeutung des im September vollzogenen Eintritts Deutschlands in den Völkerbund bereits die Dezembertagung auf deutschem Boden abzuhalten. Aber man hat über der Beratung der wichtigen politischen Fragen keine Zeit gefunden, diese Angelegenheit rechtzeitig zu erledigen.

Wie wir erfahren, wird die deutsche Einladung an den Völkerbundsrat nunmehr in folgender Form vor sich gehen: Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der auf der Dezembertagung den Vorsitz führen wird, beabsichtigt, sich mit den Hauptdelegierten der anderen Mächte in Verbindung zu setzen, um ihnen offiziell den Vorschlag zu unterbreiten, die im März stattfindende Konferenz in Berlin abzuhalten. Im Anschluß an die Dezembertagung würden dann die Mächte ihre Zustimmung dazu geben, die nächste Konferenz nach Deutschland zu verlegen. Es entspricht den diplomatischen Gepflogenheiten, daß in solchen Fällen von keiner Seite Einspruch erhoben wird. Denn ein derartiger Einspruch würde als unfreundliche Handlungswelt ausgelegt werden können. Dagegen muß allerdings von vornherein feststehen, daß alle Mächte grundsätzlich damit einverstanden sind, den Konferenzort nach außerhalb Genf zu verlegen.

Man darf daher annehmen, daß Außenminister Stresemann schon im September das grundsätzliche Einverständnis der hauptsächlichsten Völkerbundsmächte zugesichert erhielt. In der Presse war vor einiger Zeit die Rede davon, daß nicht Berlin, sondern eine süddeutsche Stadt als Versammlungsort des Völkerbundsrates in Betracht käme. Demgegenüber wird noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß man sich der Hauptstadt des betreffenden Landes vorziehen

mühte, wenn man die Märztagung von Genf nach einem anderen Tagungsort verlegen will.

Bekanntlich hat die Reichsregierung die Absicht, die Verhandlungen im Kongresspalast des Reichskanzlerpalasts, dem historischen Tagungsort des Berliner Kongresses vom Jahre 1878, abzuhalten. Dieser Plan ist insofern sehr günstig, als der damalige Berliner Kongress ebenfalls der Festigung des europäischen Friedens galt und feierlich zwischen Deutschland, Frankreich und England über die Beendigung des türkischen Krieges vollständiges Einvernehmen bestand.

Die große moralische Bedeutung einer Annahme der deutschen Einladung durch den Völkerbundsrat steht zweifellos fest. Sie würde der beste Ausdruck für die völlig gleichberechtigte Stellung Deutschlands im Völkerbund und für die internationale Achtung vor dem Deutschen Reiche sein, das zum ersten Male seit Beendigung des Krieges wieder Gelegenheit haben soll, die Vertreter zahlreicher Mächte in seiner Hauptstadt zu versammeln.

Der deutsche Gesandte bei Vandervelde.

Der deutsche Gesandte in Brüssel, Dr. von Keller, sprach gestern beim belgischen Außenminister Vandervelde vor. Es wird angenommen, daß es sich dabei um die Einleitung der belgischen Verhandlungen über die Festigung der beiderseitigen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen handelt. Minister Vandervelde, der bekanntlich bei der Erörterung der Verhandlungsfragen eine führende Rolle spielt, dürfte die Absicht haben, an den deutsch-französischen Doherty-Verhandlungen Anteil zu nehmen.

eines ersten Einigungswillens steht. Es wird darauf verwiesen, daß bereits die Ernennung des Ministerialdirektors Dr. Abegg zum Staatssekretär, die erfolgt sei, ohne sich mit der Volkspartei in Verbindung zu setzen, diesen ersten Willen habe vermitteln lassen. Besonders verstimmte habe auch die Tatsache, daß von dem Ergebnis der Besprechungen des Ministerpräsidenten mit den Fraktionsführern der Regierungsparteien der Deutschen Volkspartei keine Mitteilung gemacht worden sei, daß diese vielmehr erst aus der Presse Kenntnis davon erhalten habe.

Draufscheid an die Volkspartei.

Freitag mittag empfing Ministerpräsident Braun ein Mitglied der Deutschen Volkspartei, den er erklärte, daß die Regierungskoalition grundsätzlich bereit sei, über die Erweiterung der Regierungsbasis zu verhandeln, in bezug auf den Zeitpunkt derartiger Verhandlungen seien jedoch Bedenken laut geworden. Im jetzigen Augenblick habe man es nicht für opportun gehalten, derartige Verhandlungen zu führen. Der Ministerpräsident stieß die Volkspartei in Aussicht, daß er später wieder an die Deutsche Volkspartei herantreten werde.

In Kreisen der Regierungsparteien

wird der Standpunkt der Volkspartei dahin beurteilt, daß keine Tatsachen vorlägen, die zu der Annahme berechtigen, daß ein ernstlicher Wille, mit der Volkspartei zu einer Einigung zu kommen, nicht vorhanden sei. Allerdings war diese Einigung nach Lage der Dinge, wie schon wiederholt hervorgehoben worden ist, nicht bereits jetzt zu erwarten. Vielmehr mußte erst der 3. November, an dem Reichstag und Landtag wieder zusammentreten, abgewartet werden.

Einmütigkeit in der deutschen Industrie.

Um die Rede Silberbergs.

Eine bemerkenswerte Einmütigkeit des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat in Berlin eine Sitzung abgehalten, in der auch die Rede Silberbergs in Dresden besprochen worden ist.

Das Präsidium hat die folgende bedeutsame Erklärung einstimmig angenommen:

„Die Mitglieder des Reichsverbandes sind bei ihren Reden und Vorträgen in keiner Weise gebunden. Sie haben das Recht, ihre Meinung frei zu äußern und sind keinem Mehrheitsbeschluss unterworfen. Präsidium und Vorstand sind der Auffassung, daß sowohl das Bekenntnis der Unternehmerschaft zum Staat, als die Aufforderung zur Zusammenarbeit zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft nur eine neue Betonung auf die bisher von den Spitzenorganisationen verfolgten Ziele darstellen. Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie begrüßen alle Bestrebungen, die geeignet sind, die Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern zu fördern. Zu den parteipolitischen und parteitaktischen Auseinandersetzungen und Auseinandersetzungen der Rede Silberbergs nehmen Präsidium und Vorstand keine Stellung, da es nicht Aufgabe des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist, Parteipolitik zu treiben.“

Sozialdemokraten fordern sofortige Reform der Erwerbslosenhilfe.

Nach dem „Vorwärts“ ist von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine parlamentarische Aktion zur sofortigen Reform der Erwerbslosenfürsorge eingeleitet worden. Dem am 18. Oktober zusammentretenden sozialen Ausschuss des Reichstages wird von der sozialdemokratischen Fraktion ein Geschäftsordnungsantrag vorgelegt werden, in dem die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Vorbereitung folgender Fragen gefordert wird:

Wesentliche Erhöhung der Unterhaltungsätze, Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung, Verlängerung der Bezugsdauer für die Ausgesteuerten, Beseitigung der Pflichtarbeit und Schutz der älteren Arbeiter und Ausgesteuerten.

Aufenthalt der ehemaligen Fürsten in Deutschland.

Ein Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion folgenden Entwurf eines Gesetzes betr. Aufenthalt der Mitglieder vormals landesherrlicher Familien im Reichsgebiet eingebracht:

Mitgliedern solcher Familien, von denen ein Angehöriger bis November 1918 in einem ehemaligen deutschen Bundesstaat regiert hat, ist von der Reichsregierung das Beitreten des Reichsgebietes oder der Aufenthalt darin zu unterlassen oder auf bestimmte Teile oder Drie des Reiches zu beschränken, falls die Verordnungen gerechtfertigt ist, daß andernfalls das Wohl der Republik gefährdet wird. Im Falle der Zuwiderhandlung sind sie durch Beschluß der Reichsregierung, der mit Gründen zu versehen und den Betroffenen zuzustellen ist, aus dem Reichsgebiet auszuweisen.

Dem ehemaligen Kaiser und Königin Wilhelm II. wird das Beitreten des Reichsgebietes und der Aufenthalt darin untersagt. Für den Fall, daß Wilhelm II. feindselige Unternehmungen gegen das Reich oder den Freistaat Preußen richtet, hat der preussische Staat das Recht, das durch den Vertrag vom 12. Okt. 1925 bis 6. Okt. 1926 den Mitgliedern des vormals regierenden preussischen Königshauses zuerkannte Vermögen einzuziehen.

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Ein Arbeitszeitnotgesetz?

Wie der Demokratische Zeitungsdienst erfährt, haben die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen über die Forderung eines Arbeitszeitnotgesetzes verhandelt, das als Initiativgesetz dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritt vorgelegt werden soll.

Vor Öffnung der französischen Archive?

Nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ aus Paris erklärte der französische Historiker Professor Aulard, die Öffnung der französischen Archive sei nur noch eine Frage von Monaten. Briand habe vor einem Jahre die Öffnung der Archive formell versprochen. Diese Zusage werde nunmehr eingelöst werden, falls die Regierung die hierfür notwendigen Kredite bewilligt erhält.

Kamen aus Stadt u. Land

Kamen, den 16. Oktober 1926.

Arbeitermangel im Ruhrbergbau?

Angeklagtes Vergehen der öffentlichen Arbeitsbeschaffungsstellen.

Zu den Schwierigkeiten der Arbeiter-Bereinstellungen wird mitgeteilt, daß zurzeit dringende Nachfragen nach ungefährt 7- bis 8000 Bergarbeitern besteht. Von Unternehmerseite wird darauf hingewiesen, daß erhebliche Schwierigkeiten bei der Neuanstellung von Arbeitskräften sich nicht nur aus den vielerörterten Bestimmungen der Stilllegungsverordnung, sondern auch zum Teil durch ein angebliches Vergehen der Arbeiterbeschaffung durch die öffentlichen Stellen ergeben. Ferner wird auf den Widerstand der vor allem im südlichen Randgebiet der Ruhr in eigenen Häusern seit Jahren sesshaften Bergarbeiter gegen die Ueberweisung in andere, beispielsweise in niederrheinischen Bergbauviertel hingewiesen. Verhältnisse werden in Bergbauindustriellen-Kreisen über die seit Inkrafttreten der neuen Anknüpfungsnovelle festzustellende erhebliche Zunahme der Krankenziffern, die eine Steigerung um das Zwei- bis Dreifache erreicht haben und auf einigen Betrieben 7-8 Prozent der Gesamtbelegschaft betragen sollen, geführt.

Eine Neuregelung der Ausgezeichnetenfürsorge.

Bekanntlich waren die ein halbes Jahr und länger erwerbslosen Arbeitnehmer bisher gegenüber den regulären Erwerbslosen sehr nachteilig, daß sie nur einen Teil ihrer früheren Bezüge erhielten und im übrigen auf die Hilfe der Wohlfahrtsämter angewiesen waren. Jetzt sind vom Reichsarbeitsministerium neue Richtlinien für die Unterstützung dieser Arbeitslosen ausgearbeitet worden, die eine erhebliche Verbesserung des Erwerbslosengesetzes bedeuten. In Zukunft sollen danach keine grundsätzlichen Unterschiede mehr zwischen den Erwerbslosen und den Ausgezeichneten gemacht werden, sondern auch an diese Fürsorgeberechtigten soll die volle Unterstützung gewährt werden. Diese Beträge werden allerdings nicht dem staatlichen Erwerbslosenfonds entnommen, sondern durch Reichs- und Staatsbeiträge sichergestellt werden. Diese Beiträge sollen aber 50% der Unterstützungs-gelder im allgemeinen nicht übersteigen. In erster Linie sollen die Arbeitsämter die Summen für die Beschaffung von Arbeit für diese Ausgezeichneten verwenden unter Mitwirkung der öffentlichen Fürsorgestellen. Diese Maßnahme, die zunächst nur für Schlesien, Brandenburg, Sachsen und Westfalen projektiert war, soll auf das ganze Reich Anwendung finden.

Fortschreitende Verelendung des Wohnungsmarktes.

Die Not der Massen, die um ein bescheidenes Heim oder eine aus zwingenden Gründen der Hygiene oder Moral größere Wohnung seit Jahr und Tag kämpfen, schreit einfach zum Himmel. Besser als alles andere illustriert eine Ausstellung über die gerichtlichen Urteile auf Räumung aus oben angeführten Gründen, die innerhalb eines halben Jahres ergangen sind. Die Zahl der Räumungsurteile im letzten Halbjahr in den einzelnen Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes betrug, soweit die Städte die Berichte mitteilten, in Oberhausen 400, in Hagen 138, in Gelsenkirchen 400, in Elberfeld 140, in Gladbach 140, in Düsseldorf 466, in Dortmund 800, in Cresfeld 206 und in Essen 800. In allen diesen Fällen stand für die unter einem Räumungsurteil gekommenen Personen kein Ersatzraum zur Verfügung, so daß sie der polizeilichen Obdachlosenfürsorge verfielen. Besonders hohe Ziffern haben also Dortmund und Essen. In Essen sind allein im Jahre 1925 1700 rechtskräftige Urteile ohne Ersatzraum-fürsorge, gegen 3200 mit Ersatzraum-fürsorge ergangen. Gegenüber solchen Massenklagen sind die Behörden machtlos. In keinem Falle reicht der Stadtsäckel auch nur annähernd aus, um für diese Opfer der Wohnungsnot Notwohnungen zu bauen.

Neue deutsche Postwertzeichen.

Friedr. d. Gr., Goethes und Schillers Bildnisse auf den Freimarken.

Die Reichsdruckerei wird in den nächsten Tagen mit der Lieferung der angekündigten neuen Postwertzeichen beginnen, die bekanntlich Bildnisse berühmter deutscher Männer tragen. Für die niederen Werte bis zu 20 Pfg. werden Bildnisse Goethes, Schillers, Friedrichs des Großen, Kants und Beethovens bestimmt.

Verbesserung der ländlichen Postverhältnisse.

Der Westfälische Landbund schreibt uns: „Der Landbund hat in den letzten Jahren ununterbrochen mündlich und schriftlich Klagen beim Reichspostministerium über die ungünstigen Postverhältnisse auf dem Lande geführt. Gleichzeitig hat er im Verwaltungsrat der deutschen Reichspost und mit Hilfe der ihm nahestehenden Abgeordneten beim Reichstage und Preussischen Landtage Anträge auf Verbesserung der ländlichen Postverhältnisse gestellt und befreundete Organisationen gebeten, in gleicher Weise auf eine Verringerung der gegenwärtigen ungünstigen Zustände hinzuwirken. Zu unserer Überraschung haben wir aus dem Reichspostministerium erfahren, daß man dort nichts anderes als damit ummacht, das Landpost-

wesen umzugestalten. Künftig sollen alle gemein Kleinfrachtwagen für die Postbeförderung über Land verwendet werden. Die Postverwaltung gibt selbst zu, daß das Landpostwesen in seiner gegenwärtigen Gestalt den Ansprüchen, die von der Landbevölkerung billigerweise gestellt werden können, nicht gerecht wird. Es steht wohl fest, daß selbst bei Durchführung des neuen Planes gleiche Postverhältnisse auf dem Lande, wie sie in der Stadt bestehen, nicht erreicht werden. Sicherlich wird aber eine erhebliche Verbesserung des ländlichen Postwesens zu erreichen. Aufgabe der Post muß es sein, den weiteren Ausbau dieser Maßnahmen zu fördern.

Wir wollen zu den einzelnen Vorschlägen nicht Stellung nehmen — da ja die Verhältnisse in den Bezirken sehr verschieden sind —, möchten aber darauf aufmerksam machen, daß durch die Neuorganisation der ländlichen Gemeinden u. e. eine geldliche Mehrbelastung nicht erwachsen darf, und daß wir an der Forderung der Sonntags-befreiung festhalten. Weiter sind wir mit einer Beschränkung des Aktionsradius für den Ortsverkehr, d. h. der Verwendung des ermäßigten Ortspreises auf nur eine politische Gemeinde nicht einverstanden. Um den Plan nicht zu gefährden, werden vielleicht Bedenken wie z. B. gegen Befreiung durch Privatpersonen,

die doch dann Beamteneigenschaft erhalten, zurückgestellt werden müssen. In den Vorschlägen ist nur auf das Post-, nicht auf das ländliche Fernsprechwesen, das mindestens ebenso besserungsbedürftig ist, eingegangen worden. Der Delegationsrat hat dem Reichspostministerium zugesagt, daß es den Ausbau der selbstständigen Fernsprechnetze auf dem flachen Lande fördern will. Wir wollen hoffen, daß die technische Erneuerung dazu beitragen wird, die vielen Klagen, die über das ländliche Fernsprechnetz (z. B. wegen der Dienststunden zu verschiedener Zeit, der hohen Kosten für die Abbaubewohner usw.) bestehen, zu lindern. Jedenfalls wird der Landbund kein Mittel verschmähen, um zu besseren Zuständen nicht nur im Post-, sondern auch im Fernsprechnetz auf dem Lande zu kommen.

Umgemeindung und Stellen-Besehung.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen hat die Befugnis erhalten, in den von der Umgemeindung nicht betroffenen Gemeinden jede zweite freiwerdende Stelle überschlägig mit den Kräften zu besetzen, die durch reichsgegesetzliche Regelung der Eingemeindungsfrage überschüssig wurden, soweit die finanzielle Lage dieser Gemeinden sowie die Arbeitsverhältnisse innerhalb dieser Gebiete derartige Maßnahmen als gerechtfertigt erscheinen lassen. Bisher sind ungefähr 50 Beamte auf diese Weise wieder eingestellt worden.

Zahlen und Gedanken über den Bahnübergang an der Unnaerstraße.

Seit nahezu 15 Jahren wird mit Feder, Papier und Tinte und mit Geschossen der Wägen ein bald mehr, bald weniger heftig tosender Krieg für eine dem modernen Verkehr entsprechende Bahnunterführung an der Unnaerstraße geführt. Auf die einzelnen Phasen dieses Kampfes näher einzugehen, könnte uns bei aller Raumverschwendung nicht weiterbringen, denn einseitig führt die Vertreterin des Contra-Standpunktes, die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, immer noch ein sehr wichtiges Argument ins Feld: Geld! Denn nach Lage der Sache läßt sich eben die Bahnunterführung nicht aus dem großen Projekt des viergleisigen Ausbaus des auf der Köln-Mindener-Linie noch zweigleisigen Schienenstranges zwischen Station Schornhorst und Nordbaggel herausheben. In letzter Zeit wird aber mangelndes gemunkelt und besonders heftigste Ohren wollen bereits davon unterrichtet sein, daß dieser Ausbau in nächster Zeit in Angriff genommen werde. Das könnte uns in Kamen nur sehr lieb sein und jedenfalls freuten sich die Besitzer der 157 000 Fahrzeuge, die an dem tückischen Bahnübergang jährlich 274 Tage lang warten müssen, ganz ungeheuer darüber.

Wie oft 274 Tage lang? Jawohl, liebe Reichsbahn, das läßt sich nach Aufstellung einer zehnjährigen Statistik, so wie Du vielleicht im Winterfahrplan den Ausfall mehrerer Schnellzüge begründet hast, ganz eingehend nachweisen. Zunächst ist da

der Zugverkehr am Bahnübergang zu betrachten. Es laufen, eilen, fahren oder kriechen an diesem Uebergang täglich vorbei: 30 sogenannte „Zukunftszüge“, nämlich die durchfahrenden Schnell-, Fernschnell-, Lugins- und Elzige, 30 Personen- und beschleunigte Personenzüge und 1 Elzug, die an unserer Station halten, dann 15 Elz-, Vieh- und Müchzüge, 71 gewöhnliche Güterzüge, 19 Sondergüterzüge und 10 planmäßige Leerlokomotiven. Dazu kommen täglich etwa 3-5 Rangierbewegungen, die über den Güterbahnhof hinausgehen. Wir wollen von diesen den Durchschnitt nehmen, nämlich 4, damit die runde Zahl von 180 den Bahnübergang passierenden Zügen herauskommt. Die an verschiedenen Tagen eingelegten Sonderzüge können wegen ihrer Unregelmäßigkeit nicht berücksichtigt werden. Teilen wir die 180 Züge in die 24 Stunden eines Tages — die Züge verteilen sich fast gleichmäßig auf Tag und Nacht — so ergibt sich, daß alle 8 Minuten ein Zug durchfährt und den Bahnübergang für sich in Anspruch nimmt. Die durchschnittliche Zeitdauer, in der dann die Schranken geschlossen sind, darf man wohl auf 4 Minuten schätzen, weil hauptsächlich Güterzüge und die langsam in die Station fahrenden oder anhaltenden Personenzüge in Frage kommen. Es ergibt sich also mühelos, daß alle 8 Minuten die Bahn für einen Zug geschlossen ist. Wie verhält sich nun zu dieser Tatsache

der rollende Straßenverkehr und ist er vielleicht in der Minderheit? Nein! Hierbei unterstützt uns amtliches Material, das bei den unlängst abgehaltenen Verkehrszählungen gesammelt wurde und wohl objektiv genug erscheint. Wir haben keinen Markttag gewählt und haben also die Gewähr, daß durch den Sonntag verminderte Lastenverkehr den verminderten Zahl der Fahrzeuge an den beiden Markttagen und die größere Zahl der Vergnügungsfahrten am Sonntag ausgleichen wird. Am Mittwoch, 9. Juni, wurde durch Polizeibeamte in der Zeit von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr, also innerhalb 11 Stunden, an Fahrzeugen, die den Bahnübergang passierten, gezählt: 75 Motorräder, 200 Personen- und leichtere Lieferautos, 50 Schwerlastwagen, 22 Schwerlastwagen mit Anhänger, 292 Personen- und leichtere Lieferfahrzeuge und 35 Schwerlastfahrzeuge, das sind insgesamt 674 Fahrzeuge. Der Durchschnitt ist 61 1/2. Lassen wir

die 1 1/2 Fahrzeuge unbeachtet, so bleibt immerhin noch für jede Minute zwischen 9 und 8 Uhr ein Fahrzeug. Nach der im vorigen Absatz gemachten These, daß die Schranke alle 8 Minuten 4 Minuten lang geschlossen ist, folgert nun aber: von 8 Fahrzeugen passieren das 1., 2., 3. und 4. den Bahnübergang unbehelligt, das 5. Fahrzeug findet die geschlossene Schranke oder sieht, wie sie eben fällt, und muß warten 4 Minuten lang, das 6. Fahrzeug 3 Minuten, das siebente zwei, das achte nur eine und das 9. Fahrzeug kann schließlich wieder unbehelligt passieren. In dieser Berechnung ist auch der Fall abgezogen, daß unter Umständen zwei Züge zugleich den Uebergang passieren. Wesenfalls vermindert sich dann nämlich die Wartezeit auf 5 oder 6 Minuten, schlechtestenfalls aber auf 7 und 8. Wenn dann aber die ersten 4 Fahrzeuge anfangs zusammen 10 sogar 26 Minuten warten müssen, so gibt sich wohl ein Ausgleich für den Fall, daß zwei Züge zur gleichen Zeit in 4 Minuten die Strecke befahren. Es ist nun nicht schwer, die gesamte Wartezeit der Fahrzeuge zu errechnen. Es sind rund 14 Stunden in 11 Stunden Verkehrszeit. Für die restlichen 13 Stunden des Tages sind wir auf Annahmen beschränkt, doch sind wohl 192 Fahrzeuge nicht zu viel geschätzt. Am 21. April wurden z. B. von 6 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends 753 Fahrzeuge gezählt, das sind also in 3 Vormittagsstunden von 6-9 Uhr allein 79 Fahrzeuge gegenüber dem Ergebnis vom 9. Juni mehr. Von diesen 192 Nachfahrzeugen verfallen abermals 93 dem Schicksal, warten zu müssen — insgesamt 240 Minuten oder 4 Stunden. Gesamtergebnis:

Täglich warten von 864 Fahrzeugen 432 insgesamt 18 Stunden lang ... jährlich von 315 360 Fahrzeugen 157 680 „nur“ 274 Tage.

Bis eine Million Fahrzeuge den Bahnübergang passiert haben (etwa in 3 Jahren, 2 Monaten) müßten auch die 500 000 unglücklichen unter ihnen 2 Jahre und 4 1/2 Monate lang die weitaus meisten Schranken vor sich geschlossen sehen. Interessant wäre es, diese Zeiten in Geld umzuwandeln, doch wären dazu umfangreiche Erhebungen notwendig, so über den Benzindverbrauch, die Betriebsabteilung, die Bremskraft, das Antriebs- usw. Nur eines wollen

wir uns nicht verhehlen, nämlich den Jagungs-wert des Lohnausfalls. Er beträgt in einem Jahr rund 4000 Mark unter Annahme von 6578 Wartestunden zu 60 Pfg., kann jedoch kleinerer Anspruch auf Richtigkeit haben, sind doch die Löhne für die Beifahrer, Ladearbeiter, Insassen usw. noch ganz unberücksichtigt. Es ist jedenfalls nicht zu viel behauptet, wenn man sagt, daß an unserem Bahnübergang dem Wirtschaften, unserer deutschen Volkswirtschaft zehntausende von Mark alljährlich verloren gehen und dies allein durch den Aufenthalt der Fahrzeuge. Wieviel Verrger und persönlicher Schaden aber die zwei kleinen Schranken für die Fußgänger gebracht haben, wage keiner auszu-denken, sonst wägen ihm seine eigenen Gedanken über den Kopf.

Wieviel Reichsbahn! Vielleicht ist das alles gar nicht wahr und stellt sich bei einer Nachprüfung als weit übertrieben heraus. Dann bitten wir aber jedenfalls den Herrn Beamten, den Du mit der Nachprüfung beauftragst, daß er zur Ausglückung von Fehlerquellen ebenfalls so erhebliche Abstriche macht wie wir, sonst bringt er nämlich nur eine noch viel ... höhere Zahl heraus. Und wenn dann diese amtliche Berechnung ad acta „Bahnunterführung“ genommen und diese Affen halb aus ihrem Schlummer in die frische Luft der Vorhandlung wandern würde, so hätten diese Zahlen ihren Zweck erreicht, da sie ja beileibe nicht die schlichte Spielerei eines Nachmittags sein wollen. Ah, wenn wir doch bald erfahren, wann die Überführung der Reichsbahn sich zur Ausführung der Unterführung verfahren läßt!

(Besitzwechsel.) Das in der Weststraße gegenüber dem Geschäftshaus Carl Müller gelegene Grundstück des Kaufmanns Rudolf Scharbeck, das mit seinem in die Straße vorspringenden Treppenturm bereits mehrfach die Öffentlichkeit beschäftigt hat und auch heute noch keinen guten Eindruck bietet, wurde nunmehr von Fel. Antonie Galiard erworben, um dort ein Geschäftshaus zu errichten. Man spricht von einem Kaufpreis von 6000 Mark, jedenfalls wird dem Grundstück in seiner jetzigen Gestalt keine Träne nachgewein-

Dortmunder Randschat

Auf der Tagesordnung der am 18. Oktober stattfindenden Stadtverordnetenversammlung steht u. a. ein Antrag des Magistrats, die ungültig die 1925 veranlagte Gewerbesteuer bei der Ertragssteuer um ein Fünftel, bei der Einkommensteuer um ein Zehntel zu ermäßigen. Daneben bleibt die Ermäßigung, die im § 57 Absatz 3 der Gewerbesteuerordnung vorgesehen ist, bestehen, soweit sie durch diesen Erlass nicht bereits abgezogen ist. Zum Ausgleich für die Erhöhung in den Monaten Januar bis März 1926 wird die Grundvermögenssteuer für November-Dezember 1926 sowie Januar 1927 um je 100 Mark ermäßigt.

(Der Straßenbahnverkehr in Dortmund.) Wie der Eisenbahn, so zeigt auch der Dortmunder Straßenbahnverkehr im 3. Vierteljahr einen starken Aufschwung. Die Dortmund-Eisenbahn-Gesellschaft, m. b. H., beförderten auf ihren Linien im 3. Vierteljahr 1926 13 910 632 Personen, gegenüber dem 2. Vierteljahr 1926, in dem 13 493 576 Personen befördert wurden, ein Mehr von 417 056 Personen.

Die Zeche Viktoria 3/4 hat in Anbetracht des guten Abganges ihre Belegschaft in dieser Woche zunächst um 40 und dann um weitere 50 Bergleute erhöht. Damit hat eine Belegschaftszunahme von 200 Mann in diesem Monat stattgefunden.

(Sturz in Kuchendeb Wasser.) Die 18jährige Tochter des Schulhebers der Bonifatiuschule in Bönning wollte baden und bestieg, während das heiße Wasser in die Badewanne lief, einen Schmelz, um sich mit ihrer nebenan badenden Schwester zu unterhalten. Mithilfe fiel der Schmelz um, und das Mädchen stürzte in die Badewanne. Schwere Verletzung mußte das junge Mädchen ins Krankenhaus gebracht werden. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Westfalen u. Rheinland

Aus dem Industriegebiet

Witten, 15. Okt. (Die Ruhr wird verbreitert.) Um die jedes Jahr eintretende Ueberflutung des Gebietes der Ruhrbadeanstalt bei dem Hause Mellmann zu verhindern, ist man jetzt dazu übergegangen, einen Deich dort anzulegen. Vorerst hat man das angrenzende Grundstück in einer Länge von etwa 100 Metern und einer Breite von etwa 6 Metern ausgeschachtet. Diese Verbreiterung des Flußbettes würde eine etwaige Hochwassergefahr bedeutend einschränken. Trotzdem ist das zurückgebliebene Grundstück an der Stelle um etwa 5 Meter angehoben und mit Bruchsteinen bedeckt worden. Es wäre wünschenswert, wenn ein solcher Damm auch an anderen bedrohten Stellen des Flußes angebracht würde. Die ausgeschachteten Lehmassen werden für die Anpflanzung der Verbandsstraße verwendet.

Hagen, 15. Okt. (Auf der Landstraße überfallen.) Ein in später Abendstunde von Altena heimkehrendes Auto einer Hagener Firma wurde bei mäßiger Fahrt von mehreren Burken zum Halten gezwungen. Der Führer und der Beifahrer wurden von den Banditen mit Handeln, setzten sich aber energisch zur Wehr bis ihnen mehrere Arbeiter Hilfe brachten. Die Täter ergriffen die Flucht und sind unerkannt entkommen.

Hagen, 15. Okt. (Schwerer Unfall im Steinbruch.) Ein Steinbruch-Schmelzwerk in Döberhausen verunglückte der Steinbrucharbeiter Alois Gerhard aus Weiershagen. Er war in

etwa drei bis vier Meter Höhe damit beschäftigt, Steine loszubringen. Hierbei ist er ausgerutscht und dann in die Tiefe gestürzt. Die losgerollten Steine rollten ihm nach und kamen auf den Unglücklichen zu liegen. Der Abgestürzte erlitt schwere Verletzungen.

Gelsenkirchen, 15. Okt. (600 vorliegende Räumungsurteile.) In einer außerordentlichen Rat beschließen die Gelsenkirchener Haus- und Grundbesitzervereins, in der M. d. M. Dr. Jörissen-Berlin über die Mieterschutzgesetzgebung und die Auswirkungen der Hauszinssteuer referierte, wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der in überaus scharfer Form zu den Maßnahmen der Hauszinspolizei Stellung genommen wird, besonders in der Frage der Unterbringung (sittiger) ermäßigter Mieter. Die von der Polizei angeordnete zwangsweise Anweisung einer Wohnung an solche Mieter haben sich in der letzten Zeit derart gehäuft, daß die Hausbesitzer fürchten, einem Mieter zu kündigen, da sie dann vor der Zwangsversteigerung durch die Polizei gezwungen sind. Augenblicklich liegen in Gelsenkirchen rund 600 vorliegende Räumungsurteile vor, die nicht erledigt werden können, das es an den notwendigen Wohnungen für die obdachlosen Familien fehlt. Die Hausbesitzer verlangen daher sofortige energische Schritte der Reichs- und Staatsregierung, um durch den Bau von Wohnungen diesen unbillbaren Zuständen ein Ende zu machen, da durch die jetzigen Verhältnisse der Verfall des Privateigentums, das durch die Verfassung ausdrücklich geschützt sei,

Winter - Garten Kurl
Fr. Lünenbürger.

Sonntag, den 17. Oktober

Oktober - Fest

In bunter Münchener Art.

TANZ
unter freiem Himmel.
2 Jazzband-Kapellen. Schöne Dekoration.
Fahrtgelegenheit ab Kamen HB. 2.19, 3.55, 6.59,
7.31, 8.31, Rückfahrt jeder Zeit. 3061

Schützenhof Kamen.

Jeden Sonntag ab 4 Uhr im Restaurant
bei freiem Eintritt.

**Instrumental-
KONZERT**
(Kein Jazzband).
Gute Getränke,
Kuchen, Kaffee.

Bürgerhaus Neff, Kamen.

Heute, Samstag, ab 6 Uhr, und
Sonntag, den 17. Oktober ab 5 Uhr,
Großes Oktoberfest.
Am Sonntag verstärktes Orchester.

Vaterländischer Frauen-Verein.
Unsere diesjährige

Verlosung
findet am **Mittwoch, den 20. Oktober,**
nachmittags 2 Uhr beginnend, im Gast-
hof Berghelm statt. Alle Interessenten
sind freundlichst dazu eingeladen. Auch
bitte wir alle Freunde, die unsere Sache mit
Geschenken unterstützen wollen, solche bei
Frau Martin, Markt, bis zum 18. Oktober ab-
geben zu wollen. 3068

Der Vorstand.

Photograph Ernst Brass
KAMEN
empfiehlt
photographische Apparate und
Bedarfs-Artikel für Amateure.
Fachmännische Anleitung.
Ausführung sämtlicher Photo-Arbeiten.
3018

Gardeverein Kamen.

Der Schieß - Verein Kleinkaliber,
Kamen, veranstaltet am Sonntag, den
17. ds. Mts., nachmittags von 2 Uhr
ab, im Hotel Berghelm ein

Preisschießen
wozu der Gardeverein eingeladen ist und die
Mitglieder am Preisschießen teilnehmen
können. 3162

Der Vorstand.

Sonnabend, 16. Okt.,
7,30 Uhr
steigt das grösste Boxsport-Ereignis:
**Die Meisterschaft
Breitensträter**
gegen **Haymann**
in der 3168

Westfalen - Halle.

**Landwirtschaftliche Schule
des Kreises Hamm**
in Unna.
Beginn des Unterrichtes am
Mittwoch, den 3. November ds. J.,
vormittags 9 Uhr.
Anmeldungen sind baldigst an den Direktor
zu richten. 3064

**Wer jetzt Möbel bei mir kauft,
spart Geld!**
ganz gleich, ob es sich um Bedarf in
einfachen, gut bürgerlichen
oder reichen Möbeln, um Tep-
piche, Gardinen, Dekorationen oder
Polstermöbel handelt. Man besuche
vor seiner Entscheidung unverbindlich
meine große Ausstellung und über-
zeuge sich von meinen enorm
billigen Preisen.
Es dürfte sich bezahlt machen!
Lieferung auch nach außerh. frei Haus.
Auf Wunsch Zahlungsvereinfachungen.
Möbelhaus Heinr. Herlitz
Hamm (Westf.)
Größtes Haus für Wohnungseinrichtungen,
Tepiche und Dekorationen.

So ist es richtig!

Man löst Persil kalt auf,
am besten in einem Eimer.
(Nehmen Sie aber kein heis-
ses Wasser. Sie haben
dann nur die halbe Wasch-
wirkung.)

Man verrührt dabei Persil
mit der Hand oder einem
Löffel gründlich damit alle
Teile des Waschmittels rest-
los ausgenutzt werden. Die
Wäsche wird einmal eine
Viertelstunde gekocht und
dabei auch gelegentlich
umgerührt. Ungeheurer
schneller und billiger kann
man garnicht waschen als so.

Persil
1 Paket reicht für 2 1/2
bis 3 Eimer Wasser

Zum Weichmachen des Wassers ver-
rührt man vorher einige Handvoll
Persil-Reich-Soda im Kessel. Neh-
men Sie auch zum Einweichen nur
die allbewährte Persil-Reich-Soda.

RENNEN
SONNTAG, DEN 17. U.
MITTWOCH, DEN 20. OKT.
NACHM. 2 1/2 UHR.

DORTMUND

Kunststopfen
in Herren- u. Damengarderoben
liefert schnell und preiswert
Waschanstalt E. Wette. Fernr. 338.

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felix Heitweide
Unna, Bahnhofstr. 49
Sprechstunden: Dienstag und
Freitag von 9 bis 6 Uhr.

Mundfunk-Programme Münster, Dortmund, Elberfeld
Münster Welle 410, Dortmund Welle 283, Elberfeld Welle 259. Wochentags: 12.30: Vorträge u. Besprechungen. 12.55: Rauter Zeitzeichen. 3.15: Preise, Wetter, Werte. 7.40: Wetter, Landwirtschaft, Nachrichten. 8.45: Aus dem Leben. 9.45: Sport u. Meisters. 10.45: Sonntags- und Feiertags-Programme. 11.30: Sonntags- und Feiertags-Programme. 12.30: Sonntags- und Feiertags-Programme. 13.30: Sonntags- und Feiertags-Programme. 14.30: Sonntags- und Feiertags-Programme. 15.30: Sonntags- und Feiertags-Programme. 16.30: Sonntags- und Feiertags-Programme. 17.30: Sonntags- und Feiertags-Programme. 18.30: Sonntags- und Feiertags-Programme. 19.30: Sonntags- und Feiertags-Programme. 20.30: Sonntags- und Feiertags-Programme. 21.30: Sonntags- und Feiertags-Programme. 22.30: Sonntags- und Feiertags-Programme. 23.30: Sonntags- und Feiertags-Programme. 24.30: Sonntags- und Feiertags-Programme.

Sonntag, 17. Okt. Münster. 9: Morgenfeier. 11: Richard
Strauß und seine Oper: Der Rosenkavalier. Einf. Vortrag f. d. Opernbesucher aus Berlin Dr. Greff. 11.30: Friedrich Schiller, sein Werk und sein Werk, gef. v. S. Witten. (D.) 3.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 3.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 4.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 4.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 5.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 5.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 6.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 6.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 7.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 7.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 8.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 8.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 9.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 9.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 10.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 10.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 11.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 11.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 12.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 12.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 13.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 13.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 14.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 14.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 15.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 15.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 16.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 16.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 17.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 17.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 18.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 18.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 19.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 19.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 20.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 20.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 21.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 21.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 22.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 22.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 23.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 23.45: Wochentags- und Feiertags-Programme. 24.15: Wochentags- und Feiertags-Programme. 24.45: Wochentags- und Feiertags-Programme.

Sonntag, 17. Okt. Münster. 1.30: Konzert. 2.30: Konzert.
Konzert (D.). 3.40: Das Urner Spiel von Wilhelm Tell (D.). 5.30: Collegium musicum (D.). 6.30: Billy Wittig liest neue Humoresken. 7.20: Einf. in die spanische Sprache und Kultur (Dr. Heimermann). 8.30: Schachspiel (E.). 8.45: Beethoven-Fest. Zum 100. Todestag Ludwig van Beethovens (D.). 10.30: Konzert (E.). Dortmund 11.30: Konzert. 1.30: Konzert. 2.30: Konzert. 3.40: Das Urner Spiel von Wilhelm Tell. 5.30: Collegium musicum. 6.30: Billy Wittig liest neue Humoresken. 7.20: Einf. in die spanische Sprache und Kultur (Dr. Heimermann). 8.30: Schachspiel (E.). 8.45: Beethoven-Fest. Zum 100. Todestag Ludwig van Beethovens (D.). 10.30: Konzert (E.). Elberfeld 11.30: Konzert. 1.30: Konzert. 2.30: Konzert. 3.40: Das Urner Spiel von Wilhelm Tell. 5.30: Collegium musicum. 6.30: Billy Wittig liest neue Humoresken. 7.20: Einf. in die spanische Sprache und Kultur (Dr. Heimermann). 8.30: Schachspiel (E.). 8.45: Beethoven-Fest. Zum 100. Todestag Ludwig van Beethovens (D.). 10.30: Konzert (E.).



Wir wissen aber, dass denen, die Gott lieben,
alle Dinge zum besten dienen. Röm. 8, 28.

Heute nachmittag 1 Uhr entschlief nach langem, schwerem,
mit grosser Geduld ertragenem Leiden, meine innigstgeliebte
Frau, meine herzensgute Tochter, Schwester, Schwägerin und
Tante, die

Ehefrau Friedrich Rebbe

Wilhelmine geb. Goll

im Alter von fast 44 Jahren.

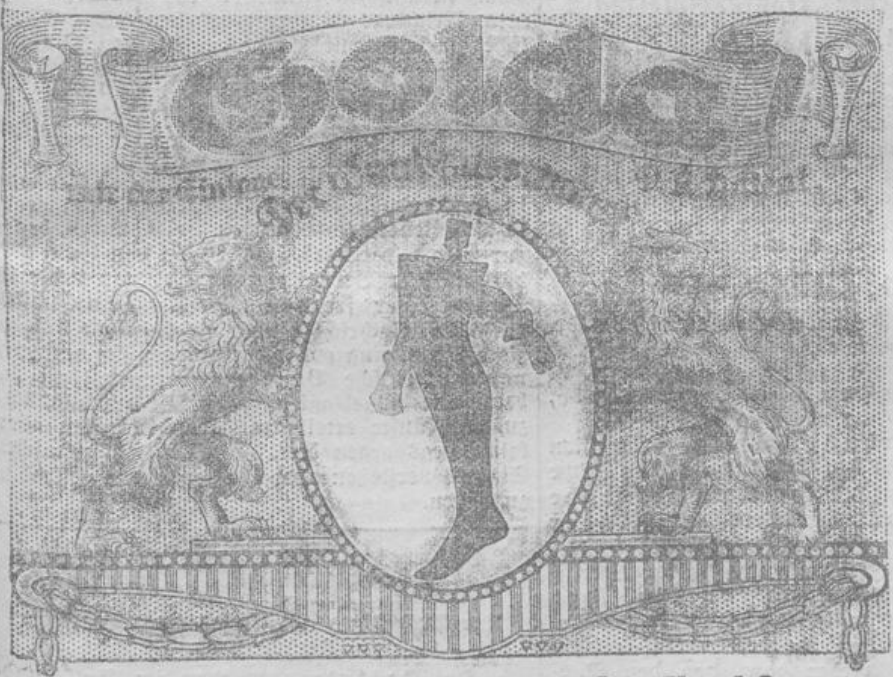
In tiefem Schmerz

Friedrich Rebbe.

Kamen, den 15. Oktober 1926.

Die Beerdigung findet am Montag, den 18. Oktober, um 4 Uhr nachm.,
vom Trauerhause, Dortmundstrasse 10, aus statt.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben,
so diene diese als solche. 3175



Alleinverkauf Sander & Co. Nachf. 3171

Bekanntmachung.

Der für Mittwoch, den 27. Oktober 1926
angelegte Rindvieh- und Schweine-
markt fällt wegen der herrschenden Maul-
und Klauenseuche aus. 3165

Der an dem gleichen Tage angelegte
Pferdemarkt findet statt.
Werne a. d. Aahe, den 11. Oktbr. 1926.
Der Magistrat: Dhm.

Mutterberatung Kamen.

Die Mutterberatung findet im Monat Oktober
1926 zweimal und zwar
Dienstag, den 19. Oktober von Buchstabe A-M
Mittwoch, den 20. Oktober von Buchstabe N-Z
von 4-5 Uhr nachmittags im Evangelischen
Gemeindehause an der Klosterstrasse statt
3174 Stadtwohlfahrtsamt.

Aus aller Welt

Die gefährliche Strohhitze. Eine interes-
sante Aufnahme, die beweist, wie ernst gewisse
Vorrichtungen der Mode in Amerika genom-
men werden, findet man jetzt in einer amerika-
nischen Zeitung. Man sieht dort eine beliebige
Strasse einer Grossstadt, die kreuz und quer mit
Streichen überspannt ist, an denen in unüberseh-
barer Reihe Strohhitze baumeln. Der Text be-
richtet uns darüber, dass in gewissen Gegenden
der Vereinigten Staaten die Gefährlichkeit be-
steht, jeden, der sich am 21. September noch mit
einem Strohhut auf der Strasse zeigt, gewaltig
von seiner Kopfbedeckung zu befreien, die dann
zum geringen Vergnügen des darhäufigen Trä-
gers bald darauf das Schicksal der herabban-
nenden Hölle teilt.

Wirtschaft u. Handel

Der Ruhrbergbau in den nächsten Monaten.

Die verhältnismässig günstige Wirtschafts-
lage im rheinisch-westfälischen Steinkohlenber-
gau hat auch im letzten Monat angehalten, trotz
der Befürchtung namhafter Wirtschaftler, die in
der steigenden Arbeitslosigkeit liegt der
englischen Bergarbeiter eine sofortige
Minderwirkung auf den Absatz deutscher Kohlen
haben. Wenn gleich der Abbau des Gruben-
arbeiterkreises in England auch nach der Ansicht
englischer Fachleute nur noch eine Frage von
Wochen zu sein scheint, so haben sich die dadurch
bedingten Verhältnisse auf dem Weltmarkt ge-
gen Mitte Juli bereits erheblich zugunsten der
deutschen Wirtschaft verschoben. Die ungeheuren

Salzenbestände der Ruhrzechen sind auf ein Mi-
nimum zusammengekrumpft, während Feiers-
schichten und Entlassungen in den letzten Wochen
überhaupt nicht mehr zu verzeichnen waren, eine
Ergebnisse, die in den letzten zwei Jahren nicht
mehr zu beobachten war. Allein in der Zeit vom
15. Sept. bis zum 1. Oktober betrug die Zahl
der eingestellten Bergleute im ganzen Ruhrge-
biet über 10 000, in der Zeit vom 1. Oktober bis
zum 10. Oktober schätzungsweise 5000, sodass sich
die Erwerbslosenziffer auf rund 120 000 ermässigt
hat. Immerhin rekrutiert sich diese Zahl aus
rund 1/4 arbeitsfähiger, gelernter Grubenarbei-
ter, die bisher noch nicht wieder eingestellt wer-
den konnten. Es ist zu befürchten, dass auch bei
einer anhaltenden Besserung der Wirtschaftslage
ein grosser Teil dieser Erwerbslosen nicht im
Vergaben untergebracht werden kann, da die
grösszüglichen Rationalisierungs- und so-
wohl im Abbau, bedingt durch Einführung lei-
stungsfähiger Grubenmaschinen (Kabel, Seil-
seilbahnen, Schrämmaschinen und Lokomotiven)
eine nicht unerhebliche Anzahl von Arbeitskräf-
ten entbehrlich macht. Diese Erspargung von
Menschenkräften kommt allerdings in erster Li-
nie für die modernen Zechen in Frage, bei denen
durch genügend breite Querschläge und Nicht-
strecken die Einführung von Lokomotiven von
grösserer Schnelligkeit ermöglicht wurde, wäh-
rend für die alten Gruben mit fast ausschlies-
slichem Bestand an steilanstehenden Flözen die
maschinelle Förderung vorläufig immer noch
auf große Schwierigkeiten stösst.

Dazu kommt, dass die Abteufung neuer Gruben
in den letzten Monaten einen fühlbaren
Stillstand erfahren hat, ausgenommen in den
Randgebieten bei Selm und Mörs, wo die Wir-
tschaftlichkeit neuer Gruben ohne weiteres gege-
ben ist.

Zurück!

Dr. Diese.

Pallabona - Puder

reinigt und entfettet das
Haar auf trockenem
Wege, macht schöne Frau-
gesichter. Bei Tanzen, Sport unentbehr-
lich. Zu haben in Dosen von
Mk. 1.- an in Friseurge-
schäften, Parfümerien, Dro-
gerien und Apotheken.
Nachahmung weist zurück. 2960

Edel möbl. Zimmer

mit Zentral-Heizung, elektr. Licht
und Morgenkaffee per sofort oder
später. Preis pro Monat 30 Mk.
Zu erfragen in der Geschäftst.

Oefen

aller Systeme,

Blechmantelöfen, Dauerbrand-
öfen, Kamine, Kachelöfen,
Transportabler Kachelofenbau
in der Wohnung durch Fachleute.

Große Auswahl. Niedrige Preise.

Karl Müller

3173 Kamen, Weststraße 7.

Anzeigen in der Kamener Zeitung

haben stets Erfolg

Zwangsversteigerung.

Montag, den 18. Okt. 1926,
vorm. 9 Uhr, werde ich beim
Wirt Nieder am Markt

1 Klavier, 1 Stehpult, 1 Ofen,
1 Nähmaschine, Tisch, Stuhl,
bank, 2 Chaiselongues, ca. 14
Meter Anzugstoff, 1 Küchenein-
richtung, 1 Kleiderbügel, 19
Kisten Zigarren, Wäsche,
Eisen, Sabat, 1 Sofa, Waren-
regale, Kuchentisch, 1 Bücher-
schrank.

ferner nachm. 3/4 Uhr, beim Wirt
Lambert in Heeren

1 Kleiderkasten, 1 Waschkom-
mode, 1 Sofa, 2 Stühle, 1
Kompl. Badeeinrichtung mit
Schaukelstühlen, Ladenauf-
satz und Eisfach, 1 Vertiko,
3 Decken, 1 Blumenkranz, 1
kleines Regal, 103 Stühle, 26
Tische, 1 Piano, 1 Nähmaschine,
2 Bilder, 1 großer Schrank,
2 vollständige Betten, 1 Wasch-
schüssel, 1 Spiegel

Öffentlich meistbietend gegen bar
versteigern.

Schultebracht,
Gerichtsvollzieher i. d. A.



In der Waschküche

entscheidet sich das
Schicksal Ihrer Wäsche,
und Sie selbst haben es
in der Hand. Benutzen
Sie daher zum Waschen
nichts anderes als
Dr. Thompson's
Seifenpulver
und Selfix
(beides zusammen 45 Pf.)
Sie haben dann die Ge-
wissheit, dass Ihre Wäsche
gesondert und nicht an-
gegriffen wird.



50 Mark Belohnung

zähle ich demjenigen, der mir nachweist, daß
nicht sämtliche Schirmreparaturen,
auch die kompliziertesten, in guter, bekannter
Qualität, in meiner modern eingerichteten
Werkstatt hergestellt werden. Schirmbe-
züge in schwarz und farbig. In neuen
Schirmen finden Sie bei mir ein Lager von
zirka 500 Stück. 3161

W. Meckfessel, Kamen

Schirm- und Stockdrecherei mit elektr. Betrieb.

Bekanntmachung.

Die Provinzialstrasse Kamen-Hamm am
Ausgange der Stadt Kamen, zwischen den Km.-
Stationen 14,5 bis 14,7 ist vom 14.
d. s. Mts. ab auf die Dauer von etwa 10
Tagen wegen Neupflasterung für jeden Fuß-
verkehrs- und Kraftwagenverkehr gesperrt. Die
Umleitung des Verkehrs erfolgt durch die Nord-
strasse, Zahnstrasse und die neue Strasse östlich
des Gymnasiums.
Die Umleitungsstrasse ist durch Schilder
bezeichnet. 3164
Kamen, den 14. Oktober 1926.
Die Polizeiverwaltung.

Fritz Wieler „Das schöne Westfalen“

3 Bände 10.- Mark
empfiehlt die

Buchhandlung der
Kamener Zeitung.

Wasserdicke Pferdedecken Wollene Pferdedecken Prima Samaschen

billig bei

Frd. Möching,

3169 Nordstraße.



Mädchen

Wegen Krankheit des jetzigen ein
für sofort oder zum 1. November
geht. 3166
Näheres in der Geschäftsstelle.

Vereins- Drucksachen

liefert prompt und sauber die
Buchdruckerei der Kamener Ztg. 3169

Wetterbericht

Montag, 18. Okt.: Dortmund u. Hagen Schlicht,
Aberk. B., Gropfen R. B.
Dienstag, 19. Okt.: Bietum B., Geisler R. B.,
Dortmund Sch., Glanerbrücke R. B., Haltern
R. B., Kirchellen B., Hörbe B., Gütersloh
B. P., Minden R. B. P., Warstein R. B.,
Willebadessen R. B., Dillingen B., Gohfeld
B. P., Nieheim R. B. P.
Mittwoch, 20. Okt.: Derten B., Lügde R. B.,
Rhede R., Barendorf R. B., Heeren R. B. P.,
Hilthorst B. P., Strombach R. B., Britton
R. B., Windheim R. B., P. Sch., Scha-
Berg, Dortmund Buchh., Jabel, Gelsen-
kirchen Rindv. P. Sch.
Donnerstag, 21. Okt.: Coesfeld R. B., Mettin-
gen R. B., Stadt Enger R. B. P., Peltels-
heim R. B., Münster B. u. 5 Tg. Send,
Halle i. B. B. P., Pohlhaus-Riemke R. B. P.,
Paderborn Schafe, Kamen R. B., Siegen
Herbstmarkt, Witten R. B., Rindv. P. Sch.

Wöchentl. Wetterbericht der Hamburger Warte

17. Okt.: Veränderlich, vielfach Regen, Tags
gelinde, windig, teils Sturm.
18. Okt.: Veränderlich, Wind, milde, Nachts
sehr kühl.
19. Okt.: Wolken, Sonne, frühzeitig Nieder-
schlag, angenehm.
20. Okt.: Wolken, vielfach Regen, Wind, kühl,
Nachts vielfach kalt.
21. Okt.: Wenig verändert, Wind.
22. Okt.: Wolken, teils etwas Sonne, tags
milde, Strichniederschlag.
23. Okt.: Wolken, ziemlich kalt, Wind, zeit-
weilig Sonne.

Aus der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau.

In Essen tagte die Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets. Die Arbeitergruppe erklärte, daß sie auch heute es ablehnen müsse, sich zu den vorliegenden Verhandlungsgegenständen autschlich zu äußern. Darauf wurden verordnungsgemäß die Anträge einzeln an die beiden Gruppen der Arbeiter und Angestellten zur gesonderten Beschlußfassung überwiesen. Die beiden Gruppen erklärten sich auch heute für die Beibehaltung ihrer vorgelegten Anträge und beschloßen, sie nunmehr den gesetzgebenden Körperschaften zu übermitteln.

Die einzelnen Anträge haben folgenden Wortlaut: Aus dem in der Arbeitskammer von der Arbeitnehmergruppe (Arbeiter und Angestellte) mündlich vorgetragenen und schriftlich erhärteten Material geht hervor, daß etwa ein Drittel der Belegschaften im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau ein so

hohes Beladen der Wagen

anordnen, daß zu befürchten ist, daß dadurch die Unfälle erheblich vermehrt werden. Einerseits werden Hand- und Fingerquetschungen die Folge solcher Maßnahmen sein, andererseits bedingt das Überladen bis zu einem Fuß über den Wagenrand, daß in Menge Kohlen von den Wagen herunterfallen und dadurch die Kohlenstaubansammlung in den Strecken erheblich vermehrt wird. Die größere Anhäufung von Kohlenstaub in der Grube vermehrt aber die Gesundheitsgefährden, die dem Bergmann durch Einatmen von Staub drohen. Des weiteren wird dadurch neue Nahrung für die verheerend wirkenden Kohlenstaubexplosionen geschaffen. Auch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß eine Überverladung der Bergarbeiter bei der Überladung der Wagen über das Eichmaß hinaus erfolgt. Dieses wird noch dadurch überboten, daß ganze Wagen ausgefüllt bzw. umgeladen werden, um die nach Ansicht der Belegschaften nicht voll genug beladenen Wagen aufzufüllen. Daraus und aus der Tatsache, daß, wenn solche ungesetzmäßige Anordnungen nicht auf das Pünktliche i. befolgt, Bestrafungen in Form von Geldstrafen und Abzug wegen Mindermaß angedroht und durchgeführt werden, ergeben sich nicht nur zwischen Steigern und Arbeitern, sondern auch zwischen der Verwaltung der Zeche und der Betriebsvertretung unbillige Zwischenglieder, die ein gedeihliches Zusammenarbeiten beeinträchtigen müssen. Hier kann nur rasches und energisches Eingreifen der Bergbehörde und Regierung Wandel schaffen. Die Bergbehörde kann, indem auf strikte und peinlichste genaue Einhaltung und Anwendung von gesetzlichen Bestimmungen gesehen wird, eingreifen. Die Regierung wird ersucht, die Eickung der Wagen; die durch die Verordnung vom Februar 1923 aufgehoben ist, durch die Wiederinkraftsetzung des § 7 der Eickordnung wieder anzuerkennen. Im allen Gefahren und Streitigkeiten, die auf diesem Gebiete liegen, zu beugehen, muß der Frage, Bezahlung nach Gewicht, energisch nachgegangen werden. Die bisher dagegen gemachten Einwendungen dürften, soweit sie technischer Natur sind, durch die Entwicklung überhoben sein. Etwaige finanzielle Schwierigkeiten sind bei dem Stand der heutigen Technik nicht ausschlaggebend. Bei guter und verständlicher Handhabung dürfte eine günstigere Wirtschaftlichkeit der Betriebe damit erzielt werden. Zu der Frage

Fahren in blinden Schächten

und Bremsbergen bzw. Abhauen im freien Einsinken, wird folgender Vorschlag an das Oberbergamt gerichtet: Nach amtlicher Mitteilung haben die Unfälle bei der Seilschaft in blinden Schächten und Strecken im Einsinken zugenommen:

	bei gestatteter Seilschaft	bei verbotener Seilschaft	Zusammen
Jahr	Fahrten am Seil	Fahrten am Seil	
1924	66 (8)	99 (32)	165 (35)
1925	69 (8)	78 (26)	147 (34)

Die eingeklammerten Zahlen bedeuten „davon tödlich“.

Die Zahl der tödlichen Unfälle zeigt, daß die bei verbotener Seilschaft besonders hoch ist. Die Praxis hat gezeigt, daß die unbefugte Benutzung der Seilschaft in blinden Schächten trotz Verbots durch Bergpolizeiverordnung nicht zu verhindern ist und deshalb auch nicht den gewünschten Erfolg auf dem Gebiete der Unfallverhütung gebracht hat. Es ist deshalb erwünscht, daß in allen in Betrieb genommenen blinden Schächten und Bremsbergen bzw. Abhauen im freien Einsinken, in denen eine Förderung am Seil stattfindet, die regelrechte Personenseilschaft durch Bergpolizeiverordnung so weit wie möglich angeordnet wird. Des weiteren hält die Arbeitskammer es für zweckmäßig, daß das Oberbergamt die Einführung der Seilschaft in blinden Schächten usw. dadurch fördert, daß eine Vereinfachung der Genehmigung für solche Seilschaften gegeben wird. — Der

gesundheitsschädliche Staubauf

wirkt auf die inneren Organe, insbesondere die Lunge, so verheerend, daß Bergarbeiter, die längere Zeit Gesteinsarbeiten verrichten, an Atembeschwerden leiden, die frühzeitige Berufsunfähigkeit und Tod zur Folge haben. Diese Gefahren mit allen technischen Hilfsmitteln zu beseitigen, ist vornehmste Aufgabe aller daran Interessierten. Als solche Hilfsmittel sieht die

Arbeitskammer Staubaufsaugapparate und Staubaumasken an. Die Gesteinsstaubstreuung, zu der Gesteinsstaub verwandt wird, der nicht solche nachteiligen Wirkungen hinterlassen soll, bringt den noch erhebliche Beschwerden für die Atmungsorgane, deren Folgen noch nicht zu übersehen sind. Diefelben Beschwerden werden auch von Arbeitern erhoben in Tagesbetrieben, in denen der Staubauf gemahlen wird. Hier auf aufmerksam zu machen, hält sich die Arbeitskammer für verpflichtet. Geeignete Staubaumasken, die den Bergarbeitern von der Belegschaft zu liefern wären, versprechen zum mindesten Erleichterungen. Andererseits wird eine dauernde Beobachtung durch periodenweise ärztliche Untersuchung für dringend erforderlich gehalten. Das Oberbergamt wird deshalb gebeten, dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zu schenken und tustsich bald die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Dr. Brauns über Lohnpolitik.

Keine staatliche Bevormundung.

Im Rahmen der Münchener Ausschüttung des Deutschen Gewerkschaftsbundes fand unter dem Vorsitz des früheren Ministerpräsidenten Dr. Siegelwald die zweite öffentliche Sitzung statt, in deren Verlauf, wie bereits berichtet, auch der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu längeren Ausführungen über die Lohnpolitik das Wort ergriff. Auf die Ausführungen des Ministers sei noch einmal zurückgekommen: Dr. Brauns warnte vor einer allgemeinen schematischen Regelung der Lohnfrage. Man wird in den Industriezweigen, die unter günstigen Bedingungen arbeiten, das Verlangen der Arbeiterschaft auf Beteiligung am Ertragsgewinn allgemein für berechtigt halten müssen, wenn sie andererseits sich auch bereit erklärt, die Folgen eines schlechten Geschäftsganges in gewissen Grenzen mitzutragen. Aus Lohnverhältnissen in Gewerben mit guter Geschäftslage dürfen daher nicht ohne weiteres Lohnforderungen in anderen Gewerben abgeleitet werden, die unter ganz anderen Bedingungen arbeiten.

Sich über die Grundsätze der Lohnpolitik zu verständigen und sie in der Praxis durchzuführen, ist in erster Reihe Aufgabe der Parteien selbst. Allerdings hat auch der Staat die Möglichkeit, hier im Einzelfall einzugreifen, nämlich durch die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsschieden, aber von diesem staatlichen Machtmittel darf nur mit großer Zurückhaltung Gebrauch gemacht werden, will man nicht seinen Augen in das Gegenteil verkehren.

Die Verbindlichkeitsklärung muß eine Ausnahme bleiben. Voraussetzung ist, daß die Allgemeinheit ein Interesse daran hat, den Streit in der durch den Schiedsspruch vorgesehenen Weise beizulegen.

Der Vorwurf der staatlichen Bevormundung der Parteien oder gar der eines Mißbrauchs der Verbindlichkeitsklärung, der hier und da erhoben wird, ist unbegründet.

Eine Ehrenerklärung für Gürtner.

Dr. Levi nimmt seine Beschuldigungen zurück.

Der Gemeindefrat des Reichstags hat die Vernehmungen in München beendet. Am Schluß der Verhandlungen gab der Berichterstatter Abg. Dr. Levi (Soz.) eine Erklärung ab, daß er nach dem Ergebnis der in München stattgefundenen Vernehmungen nicht ansetze, folgendes zu erklären:

Sein (Dr. Levi's) Eindruck, als ob der Schritt des Dr. Gademann bei den Staatsanwälten in Augsburg, der zur Entlassung und schließlich zur Auslieferungsetzung der in der Mordfrage Hartung verdächtigten Personen führte, auf die Initiative des Justizministers Gürtner zurückgehe, lasse sich nicht aufrecht erhalten. Landgerichtsrat Gürtner habe lediglich im Auftrage des Justizministers den Vortrag der Staatsanwälte entgegengenommen und an den Justizminister weitergegeben.

In einer Entscheidung des Ausschusses wird im Anschluß an diese Erklärung festgestellt, daß die gegen Gürtner erhobenen Vorwürfe der Grundlage entbehren. Es sei besonders für widerlegt erachtet worden, daß der jetzige Justizminister und damalige Landgerichtsrat Gürtner irgendeine im Falle Hartung oder im Falle Garretts in das schwebende Unterfuchung eingegriffen oder seinen Einfluß geltend gemacht habe, um den Fortgang des Verfahrens zu hemmen.

Mißbilligung des Abg. Levi.

In einer nichtöffentlichen Sitzung hat der Gemeindefrat dem Abgeordneten Levi seine Mißbilligung darüber ausgesprochen, daß er Aktienmaterial zu einem politischen Zeitungsartikel verwandt. Dieser Antrag wurde mit vierzehn Stimmen bei acht Stimment Enthaltungen der Sozialdemokraten und der Kommunisten angenommen. Die Sozialdemokraten haben erklärt, daß sie sich durch diese Entscheidung nicht gebunden fühlen.

Weitere deutsch-englische Industrie-Verhandlungen.

„Westminster Gazette“ schreibt, es verlautet, daß wahrscheinlich im nächsten Monat der Verband britischer Industrien Mitglieder der führenden deutschen Industrien durch Vermittlung des Verbandes deutscher Industrieller einladen werde, wiederum nach England zu kommen.

Waffenschein und Waffentausch.

Im Zusammenhang mit der Angelegenheit der Dranienburger Mordtat erfährt man, daß dem Reichsrat ein Gesetzentwurf zur Einschränkung der Bestimmungen über Waffenschein und Waffentausch vorliegt. Zur Zeit ist das Sache der Länder.

Das Armenrecht für den Fürsten von Lippe.

Das ganze Vermögen durch die Inflation verloren.

Der Detmolder Magistrat hat, wie bereits berichtet, dem früheren Landesherren von Lippe, Fürst Leopold, auf seinen Antrag in einem von ihm angestrebten Prozeß das Armenrecht zugestanden. Die Klage, um die es sich dabei handelt, richtet sich, wie ausdrücklich betont wird, nicht gegen den Staat Lippe, sondern gegen einen Privatschuldner des Fürsten.

Die Wietfelders Linie, die in Lippe-Detmold herrschte, war ursprünglich arm, doch übernahm sie beim Regierungsantritt den umfangreichen Domänenbesitz. In der zwangsweise durchgeführten Auseinandersetzung entfielen von dem etwa 23 000 Hektar umfassenden Domänenbesitz sechs Siebentel an den Staat und ungefähr 3500 Hektar an den Fürsten.

Der Staat übernahm damals außerdem das Hoftheater im Wert von 1 Million Mark, den größeren Teil des Hausgüterbesitzes, den der Staat für 800 000 Mark veräußerte, und die Fürst-Leopold-Hochschule, die mit 2,5 Millionen Mark ausgestattet war. Der Staat wollte dafür eine Abfindung von 1 Million Mark geben. Diese Abfindungsumme wurde im Oktober 1922 in Höhe von 1650 Goldmark ausgezahlt. Der Fürst hat im Juli 1925 den Vertrag wegen Irrtums anfechten lassen.

Amerikanischer Frontkämpfertag in Paris 1927.

In Philadelphia beschloß die amerikanische Frontkämpferlegion, ihre nächste Jahrestagung in Paris abzuhalten. Infolgedessen werden sich im September 1927: 30 000 frühere Teilnehmer an den Kämpfen auf den französischen Schlachtfeldern nach Frankreich begeben.

Kleine Nachrichten.

Der bairischen Kultusminister Dr. Matt ist zurückgetreten. Der deutsche Kreuzer „Samburg“ ist in Sandjong-Brit, dem Hafen von Batavia, eingetroffen.

Der Räterbund hat eine Kommission unter der Führung der Engländerin Miss Jeppe nach Syrien geschickt, um dort künftliche Frauen aus den Harem der Araber zu befreien.

Strasbourg feierte unter starker Beteiligung der Bevölkerung die Weihe des Münsters, das nach zwanzigjährigen Wiederherstellungsarbeiten an dem inneren Turmsteiner jetzt wieder ganz von den Baugerüsten befreit und seiner Bestimmung zurückgegeben ist.

In Hannover hat sich herausgestellt, daß sich der zu deckende Finanzbedarf der Provinz für das Jahr 1926 von 5 1/2 um 3/4 auf 9 1/2 Millionen erhöht.

Bei Port Talbot (Wales) wurde ein Automobil, in dem sich Bergarbeiter unter polizeilichem Schutz zur Arbeitsstätte begeben wollten, von Streikenden überfallen.

Die Kopenhagener Polizei hat gegen vier Führer der Selbstverwaltungsbewegung in Nordfriesland die Voruntersuchung eingeleitet, um festzustellen, ob Vorwürfe gegen die Ausruhrparagrafen vorliegen.

Im scheidigen Landtag kam es wiederholt zu heftigen Kämpfen.

In Graz versuchten Kommunisten eine nationalsozialistische Versammlung zu sprengen, indem sie den Saal von mehreren Seiten stürmten.

In Prag soll es demnächst auch zur Ernennung einiger höherer deutscher Beamter in den Zentralbehörden kommen.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen hat die Demission des ungarischen Gesamtkabinetts überreicht. Infolgedessen haben auch die politischen Staatssekretäre ihren Rücktritt angeboten.

Infolge der Propaganda Cooks sind zahlreiche Vergleiche, die die Arbeit bereits wieder aufgenommen hatten, erneut in den Ausland getreten.

Der seit zwei Jahren bestandene Konflikt zwischen dem Vatikan und Argentinien, der durch die Nichtbefestigung des von Argentinien vorgeschlagenen Kandidaten für das Erzbistum Buenos Aires entstanden war, ist beigelegt.

Aus dem Reich.

Neue Mittel für Notstandsarbeiten?

Schon jetzt läßt sich übersehen, daß die im Etat vorgegebenen Mittel für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung nicht ausreichen werden, um die großen Bauten zur Erschließung der Wirtschaftsgüter im Westen durchzuführen. Wie aus parlamentarischen Kreisen bekannt wird, wird deshalb von den Reichstagsparteien gefordert werden, im Nachtragset für 1926 weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Arbeitslosigkeit nicht von neuem stark anzuheben zu lassen. In den Regierungskreisen hofft man, daß angesichts der einkommenden Verhandlung der Industrien Europas die deutsche Wirtschaft bald wieder selbst in der Lage ist, die Betriebe voll in Gang zu bringen und einen weiteren Teil der Arbeiterkraft einzustellen, so daß die Hilfsaktion des Kabinetts nicht mehr in dem bisherigen Umfang aufrecht erhalten werden muß.

Die Telegraphenarbeiter der Deutschen Reichspost.

die mit Bauarbeiten zur Herstellung und Instandhaltung der Telegraphen, Fernspreche und Funkanlagen beschäftigt sind, haben nach den bestehenden Bestimmungen während der Arbeitszeit eine Dienstmütze zu tragen, die der Seglermütze (Kiele r Form) ähneln und aus dunkelblauem Stoff mit weißer Streifen und Vorflößen in gleicher Farbe hergestellt ist. Born sind aber dem lachleichen Müßiggang und dem Stürmieren die Reichspost, der Reichsaber mit Funkenbüßen und die Landespolizei angebracht. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Mühen allein nicht als Ausweis der Telegraphenarbeiter anzusehen ist, daß vielmehr nach wie vor die Telegraphenarbeiter noch amtlich gestempelte und unterschriebene Ausweisarten mit Lichtbild beiführen, die sie beim Betreten des Grundstücks oder einer Wohnung anzuzeigen haben.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigt sich mit dem geplanten Verkauf des Hotels Kaiserhof durch das Reichsfinanzministerium. Bürgermeister Scholz teilte mit, daß der Magistrat bereits beim Reichsfinanzministerium, beim Wirtschaftsministerium, beim preussischen Minister des Innern und beim Reichsrat Einspruch erhoben habe. Sämtliche Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen schlossen sich dem Einspruch des Magistrats an.

Der Prozeß gegen die Mitglieder des Deutschen Volksbundes.

Vor der Großen Strafkammer des Reichsgerichts in Rattow begann die Verhandlung gegen 11 Mitglieder des Deutschen Volksbundes, denen zur Last gelegt wird, in der Zeit von Juni 1925 bis zu ihrer Verhaftung im Februar 1926 im Dienste einer fremden Macht (Deutschlands) vorfänglich Nachrichten über die politische und soziale Betätigung polnischer Bürger sich verschafft und an deutsche Behörden übermittelt zu haben. Die Angeklagten gaben fast ausnahmslos an, Auskünfte erteilt zu haben, betonten aber, keineswegs gegen die Interessen des polnischen Staates verstoßen oder ihn irgendwie geschädigt zu haben.

Auslandsnachrichten.

Der Prozeß gegen Mitglieder des Deutschen Volksbundes.

In Rattow wurden im Volksbunde prozeß hauptsächlich Abwanderungsfragen behandelt. Nach Ansicht der militärischen Sachverständigen der Nachrichtenabteilung in Rattow sollen die Angeklagten in vielen Fällen durch ihre Auskünfte, die sie an die Abwanderungsstelle des deutschen Generalkonsulates weiterleiteten, die Abwanderung militärisch pflichtiger Personen aus Polen nach Deutschland begünstigt bzw. unterstützt haben. Die Belastungszeugen schiederten vor allem eingehend ihre Beliden, die sie angeblich durch die Deutschen erlitten haben sollen. Von der Verteidigung wurde darauf hingewiesen, daß keiner der Zeugen einen positiven Beweis dafür zu erbringen vermocht habe, daß eine Abwanderung bzw. Unterstützung der Abwanderung vorlag. Insbesondere erklärte die Verteidigung, daß ein als Zeuge vernommener Offizier der Nachrichtenabteilung in Rattow, auf dessen weitere Vernehmung der Vorsitzende dann verzichtete, seine Aussagen lediglich auf Mutmaßungen unter Zuhilfenahme von Spiegeln begründete, und daß das von ihm erwähnte photographische Material, das sich in den Händen der Gerichtsbehörde befand, nicht seinen Angaben entsprach.

Zum englischen Bergarbeiterstreik.

Der englische Innenminister Johnsonbild appellierte in einer Rede an die Grubenbesitzer und an die Bergarbeiter, den Kampf einzustellen. Premierminister Baldwin erklärte in einer Rede, die Arbeiterpartei habe keinen Finger gerührt, um dem Lande zu helfen, als es von einem Generalfreist bedroht wurde. Nur durch die Anstrengungen der Regierung sei das Land vor einer Revolution gerettet worden.

Nur 4 Pfennig kostet MAGGI® Fleischbrüh-Würfel

Achtung auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung.

Einfach in kochendem Wasser aufgelöst, ergibt der Würfel gut 1/4 Liter kräftige Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbsessern oder Verlängern von Suppen und Soßen aller Art.



3007

1926.

243.

Rätela Spiel

Homöopathie

Hamora Witz

mit vertheilten warmen Guss, er in dem
Zimmer auf und ab. Einlang erdrossen seine
Stimme, dann wurden sie wieder ruhig
und hart.

Erwartung ihm unmöglich, heute mit Geliebtem zusammenzutreffen. Sie trugen Schweben, mußte er wieder noch fortis antworten, bevor er am nächsten Abend einen Vortrag zu befehligen hatte. Er wollte sie auch nicht sprechen, denn er konnte die Ben Schmitt, bei der er gestern habe nicht vergessen. Galt ebenfalls es ihn, als er sich in das Gedächtnis zurücksetzte, daß sie ihre ersten Rhythmen begeben hatte, nur ihr alte immer noch hatten, ihr, seiner Frau. Die Schmitt aber hatten sich auf sie gestellt. — Das war nicht zu ertragen, nicht noch einmal wollte und hatte er das antworten.

Die Schmitt spielte er gegen die Freude sie dann, wie abends, und dann teilte nicht, sagte er laut und laut. „Dann sollte er sich an den Schmitt und sich in fliegender Gie, als er bereit, bereit, und geschloffen hatte, dann er, bereit.

Siebentes Kapitel.

Große Gader mochten der All-
 gütigkeit der hien hierher grobe Wägen-
 kisten, die sie inne hatte, als Gittelschiff mög-
 lich sein, während Gittelschiff's Zimmer-
 einrichtung noch Wägenen übergegangen war.
 hatte sie etwas ganz, gleich, neue Einrichtung
 angefaßt, damit sich die junge Frau, wenn
 sie zu Besuch kam, wohl beheimatet fühlen sollte.
 Es war von, August's Freude sich an den Diner
 beizugehen, wenn August's, hat auch die Scheiter-
 heit zu erfinden, daß es ihr fast allenfalls er-
 laubten. Daß Gittelschiff's ihre erste Anwesenheit
 nicht, hat die lieb, es bedeutet sie an wol-
 len, während der hien hierher, die Mische ungefahr-
 acht, Daß ganz, für sich zu haben.

21. Enquand nun kam uns der von dem
comis Brief erzählte und hingsungte, daß sie
ihre Sullage telegraphisch an den Signor
mittelt habe und nun noch am selben Abend
alles an ihren Mann schreiben wolle, wor-
auf sie Name sehr befiugt.

[illegible]

„Ich bin stumm geblieben, so wie ich
geblieben bin.“

„Es war die erste Stille, die ich
je von dir empfand, doch ein
Stille, die nicht aus der Stille
kam, sondern aus der Stille
kam.“

Gen von Jagodj schüßte und hielt ihre
neuen Speeren gerad. Zu ändern war
es nicht mehr und die Folgen mußten ge-
tragen werden. Schließlich sah sie auch nichtig
zu schweben.

Alle Elisabeth am nächsten Morgen von
ihrem Gehir bei Signor Aronow zurückkam,
lag über ihrem ganzen Leben ein Glanz, der
Gen von Jagodj sein machte, weil ihr be-

[illegible]

Scientific Spirituality in England

durch zur Gemüthsruhe wurde, daß Eitelkeits durch den völligen Sturz, auf ihren Grund hin, sehr großes Elend gebracht hatte. Sie wollte sie, aber die Schminke nicht haben, denn Jungs- te, so mußte sie eine völlig ungeschickte Person haben, um der Jungfrau, die sie geschickt war, gerecht zu werden. Als sie dann den sonstigsten Bedürfnisse, und Eitelkeits Fingern göre wie in früheren Zeiten, versagte sie jedoch, Abenden und sehr Unruhe, führte sich selbst, nieder mit getragenen zu gößen, zu denen nur solche Frauen führen kann.

Als nach dem Sonnet war es ihr nicht möglich, Eitelkeits Schminke durch irgend- ein Wort im Leisesten zu trüben.

Die eckhafte den Brief von Las, währenddem sie das Schreiben über eine Dose, die vor sich hatte, eine sehr feine Einweiländer- nitz bringen sollten.

„Gegen ein Uhr, als Frau von Gagny bei- ste, so, brachte die Kammerfrau einen Briefe- ten.“

„Son Gernbach“, war Eitelkeits wie er- leuchtet, sagte aber voller Beirathung sofort zurück: „Wilt dem Spillempel einen! Was ist das?“

Die eckhafte den Brief von Las, währenddem sie das Schreiben über eine Dose, die vor sich hatte, eine sehr feine Einweiländer- nitz bringen sollten.

„Gegen ein Uhr, als Frau von Gagny bei- ste, so, brachte die Kammerfrau einen Briefe- ten.“

„Son Gernbach“, war Eitelkeits wie er- leuchtet, sagte aber voller Beirathung sofort zurück: „Wilt dem Spillempel einen! Was ist das?“

Das sieht Mark Twain ähnlich
 Mark Twain wollte eines Tages e

Verheerend, der glänzende ein bezaubernd
 Gottlicher und Stübgen des goldhimmels dort
 einen Geruch bieten. Was einem wünschenswerth
 ihnen Sonntag, auf dem besagten Straß fahret
 gefahrt wurde, findet er ihn und findet
 „Sein Sonntag war ausgetauscht, aber lobens-
 woth ist hier ein Maß, in dem er von 24
 die 3 eingeht bis 27. Der Freund (ausge-
 dritter) wurde das nicht an, bekam fast
 in größter Geduld; denn die einen be-
 launen Gottlicher gibt es keinen sohin
 neuen Sonntag, als ein glückselig begangen zu
 haben. Und 2 Tage ließ ihn zwar Sonnt in
 angewissen, denn kam er zu ihm und freier
 ihn auf: „Ich will dir das Ding ganz
 fähig haben, dengete selbst, und die weitere
 nie recht geben.“ Er war es auf den 24ten
 es war ein glückselig.

Butte River vom gestern
und heute.

с мот. Тимчас

124465. VON CARMEN-60

Einmal ist bei Fiesh zwölf geworden. Einmal
bestimmt ein Gedalt von monatlich fünfzehn Markt.
Was ist ihm aber auf die Dauer zu nennn. Es-
halt geht er zum Gefährdungs und bittet um
Zuhilge. Zur Abordnung seines Vaters
flücht er an. Doch er die Missethater an fortzu-
ten. Und so er kündigt ihn, nicht seiner Bitte ein-
sprechen. So ist einiger Zeit hat Einmal im Vierz
gegründet als ihm.
„Sinn“, fragt ihn der Genossige, „wie ge-
fällt es Ihnen denn in der Gese?“
„Sinn“, sagt Einmal, „auch von gar net ge-
hört.“
„Siehst du denn nicht?“, fragt der Ge-
nosse. „Ja, ich bin doch net toll. Still hinstehen
Markt mit der Eiche die Gefährdungs genesse. Sie
fals 25, nicht die dritte Zeitlang gesunde Frau, kann
ich et noch sehr nennn.“

Handwörter der Heklore.

Am einem heißen Abend des Junius 1848
hat noch dem nachgeliebten Jungelings-
Göthe die Kunde von dem Dahlgang glük-
lich gekommen, zu später Stunde noch durch die

[illegible][illegible]